

# »Eindeutige Erfolge«

Im Interview: Joachim Bischoff über Rot-Rot-Grün in Thüringen, die Große Koalition und nötige Investitionen



foto: © VSA-Verlag

INTERVIEW VON PAUL WELLSOW

**Herr Bischoff, seit drei Jahren regiert in Thüringen eine rot-rot-grüne Koalition. Ihre Bilanz?**

Die Erfolge sind eindeutig. Das zeigt sich zum Beispiel in der Wirtschafts- und Sozialpolitik oder an den Arbeitslosenzahlen. In einigen Regionen Thüringens gibt es zum Beispiel einen leergefegten Arbeitsmarkt. Das ist einerseits das Ergebnis der guten Konjunktur in Europa und Deutschland, das ist aber andererseits auch ein Ergebnis rot-rot-grüner Politik. Es wurde auch bildungs- und sozialpolitisch einiges gemacht. Und trotzdem gibt es auch hier, so wie in anderen Bundesländern und der EU, eine große Unzufriedenheit in der Bevölkerung – das wird unter anderem an den Stimmen für die AfD deutlich. Auch die Bundespolitik bietet derzeit keinen Rückenwind. Rot-Rot-Grün muss in Thüringen das Terrain verteidigen, um damit eine andere Machtoption in der Berliner Republik sichtbar zu machen.

**Im Bund drohen eine neue »Große Koalition« oder Neuwahlen. Welche**

**Rolle spielen die drei Landesregierungen mit linker Beteiligung – also Berlin, Brandenburg und Thüringen?**

Der Koalitionsvertrag im Bund bietet auch Handlungschancen, zum Beispiel im sozialen Wohnungsbau oder gegen das Stadt-Land-Gefälle. Ich bin aber skeptisch, ob die von der SPD ausgeschöpft werden. Die drei Landesregierungen mit Beteiligung der Linken müssen sich den Vertrag genau anschauen – auch mit Blick auf die veränderten Finanzmitteln, die aus Europa kommen – und dann das Maximale rausholen und die Handlungschancen nutzen.

Ich sehe ein großes Problem in der Politik: Wir stellen in allen Untersuchungen fest, dass die Unzufriedenheit von größeren Teilen der Bevölkerung gewachsen ist. Man kann den Leuten ihre Probleme nicht weg reden. Aber wenn Leute jubeln, wenn in Erfurt ein Björn Höcke von der AfD vor einem angeblichen »islamischen Geburten-Jihad« in Thüringen warnt, dann müssen sich diese Leute schon ganz schön verrannt haben. Hier muss die

argumentative Gegenwehr besser werden. Die AfD besetzt mit ihren aggressiven Fake-News politische Terrains, die man ihnen nicht überlassen darf. Auf die tatsächliche Unzufriedenheit muss die Politik Antworten haben: Klar, es gibt auch in Thüringen strukturelle Defizite und die verschwinden nicht von selbst. Aber wir als LINKE oder als Rot-Rot-Grün haben Ideen und Konzepte, wie das beseitigt werden kann. Das muss stärker kommuniziert werden.

**Gerade hat Thüringen den Doppelhaushalt 2018/19 beschlossen – und damit massive Investitionen für Arbeit, Bildung, Kultur, sozialen Zusammenhalt und öffentliche Infrastruktur. Die CDU kritisiert das, sie will lieber den Gürtel enger schnallen. Was ist richtig?**

**Bischoff:** Die Antwort ist eindeutig und gilt für den Euro-Raum und für fast alle Bundesländer: Wir haben einen enormen Investitionsrückstau, zum Beispiel beim Schulbau und der Schulsanierung. Die harte Austeritäts- und Sparpolitik schlug sich in blödsinnigen Auflagen nieder, in die Verfassungen eine Schuldenbremse zu schreiben, ohne aber zu klären, wie man Einnahmen generieren kann. Das war immer eine Politik, sich Zügel anzulegen. Sie hat das Gemeinwesen, die Länder und die Kommunen runtergewirtschaftet. Ich habe den Eindruck, dass das gerade ein bisschen aufgebrochen wird. Die Ergebnisse der harten Politik des bisherigen deutschen Finanzministers Wolfgang Schäuble in ganz Europa, in Griechenland, Italien, Frankreich, Portugal und auch der Bundesrepublik zeigen, dass wir eine andere Finanzpolitik brauchen. Wir haben ein geringes Zins-Niveau, wir haben zu wenig Investitionsmittel und der private Sektor allein wird das nicht regeln können. Es braucht also größere Anstrengungen des Staates, zum Beispiel für Schulbau oder gegen das Stadt-Land-Gefälle – da gäbe es viele sinnvolle Projekte, die unter dem Stichwort »Wir machen's gerecht!« angegangen werden können. Man macht also eine vernünftige Politik und redet dann darüber.

**Danke für das Gespräch! ■**

**Joachim Bischoff (\* 1944) referierte am 30. Januar 2018 auf der Winterklausur der Thüringer Fraktion DIE LINKE in Eigersburg. Er ist Soziologe, Lektor des VSA Verlags und Mitherausgeber der Zeitschrift »Sozialismus«. Er war Mitglied im Parteivorstand der PDS, gehörte zu den Gründungsmitgliedern der WASG und saß von 2008 bis 2011 für DIE LINKE in der Hamburgischen Bürgerschaft.**

## in der presse

### »Zukunftsprojekt Ostdeutschland«

Bundesweite berichtete die Presse über den »Aktionsplan Ost«, der auf der Konferenz der Fraktionsvorsitzenden der LINKEN am 17. Februar 2018 in Erfurt vorgestellt wurde. Auszüge aus Kommentaren und Berichten:

»Dem Aktionsplan vorangestellt ist eine beeindruckende Analyse gesellschaftlicher Verschiebungen im globalen Kontext, wie sie so komprimiert derzeit wohl bei keiner anderen Partei zu finden ist. Sie benennt für Deutschland und Europa gültige Ursachen für die um sich greifende Verunsicherung. Zugleich zeigt sie die spezifischen Auswirkungen für den durch die DDR-Vergangenheit und die Wende-Traumata geprägten Osten Deutschlands auf. Dabei entsteht das Bild eines noch immer gespaltenen Landes. (...) Die aus der Analyse abgeleitete Agenda will nicht weniger als ein pragmatisches »Zukunftsprojekt für Ostdeutschland«.

(die tageszeitung, 19.02.2018)

»Ungleichheiten beseitigen, mehr direkte Demokratie, Aufarbeitung der Geschichte der Wiedervereinigung: Die Linke hat sich selbst eine Reihe von Aufgaben gestellt.«

(Nordkurier, 17.02.2018)

»Die Linksfraktionen (...) haben ihre Ernsthaftigkeit nun in einer Neujustierung ihrer strategischen Ziele für den Osten demonstriert. Das gemeinsame, also in der Partei bundesweit beurkundete Bekenntnis ist zugleich Voraussetzung, auch künftig im Namen der Ostdeutschen sprechen zu können. Damit beginnt nun aber erst die Arbeit.«

(Neues Deutschland, 19.02.2018)

»Sachpolitik statt Strategiedebatten: Damit will also die Linke gerade in Ostdeutschland der Herausforderung durch die AfD begegnen.«

(Thüringer Allgemeine, 15.02.2018)

»Die Linken wollen außerdem erreichen, dass die wirtschaftlichen, politischen und vor allem auch rechtlichen Weichenstellungen eingehend untersucht werden, die seit 1989/90 für den Transformationsprozess in Ostdeutschland ausschlaggebend gewesen seien. Dies könne etwa durch eine Enquete-Kommission im Bundestag geschehen.«

(Leipziger Volkszeitung, 19.02.2018)